Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/750
27.09.2019

Ausschuss für Europa und Internationales

27. Sitzung (öffentlich)

27. September 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:00 Uhr bis 10:05 Uhr

10:30 Uhr bis 12:15 Uhr

12:30 Uhr bis 14:10 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug und Ulrike Schmick

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200

hier: Einzelplan 02

Vorlage 17/2349 sowie 17/2473

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) trägt den Einführungsbericht vor.

2 Eindrücke und Schlussfolgerungen zur erfolgten Ghana-Reise von Staatssekretär Dr. Speich **12**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2455 sowie 17/2468

- Bericht von StS Dr. Mark Speich (MBEI), Aussprache.

3 Aktivitäten der Landesregierung im Bereich der Umsetzung der Agenda 2030 und Eine-Welt-Strategie **16**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2467

- Bericht von StS Dr. Mark Speich (MBEI), Aussprache.

4 Bilanz des nordrhein-westfälischen Vorsitzes in der Europaministerkonferenz der Länder **20**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2466

- Bericht von Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI)

5 Die finnische EU-Ratspräsidentschaft 2019 *(s. Anlage 1)* **23**

Gastrednerin: Ihre Exzellenz Anne Sipiläinen, Botschafterin Finnlands in Deutschland

Ihre Exzellenz Anne Sipiläinen (Botschafterin von Finnland in Deutschland) stellt die Schwerpunkte der finnischen EU-Ratspräsidentschaft 2019 vor und beantwortet Fragen der Abgeordneten.

6 Zukunft der europäischen Industriepolitik **30**

– Anhörung von Sachverständigen

7 Europäische Klimapolitik forcieren: CO_2 einen Preis geben und Energiegeld einführen **43**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5724

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage)*

8 Verschiedenes **68**

– Siehe Diskussionsteil.

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200

hier: Einzelplan 02

Vorlage 17/2349 sowie 17/2473

Vorsitzender Dietmar Brockes weist darauf hin, dass die abschließende Beratung zum Haushalt in der Sitzung am 12. November dieses Jahres vorgesehen sei. In der Obleuterunde habe man sich darauf verständigt, am 12. November die Sitzung durchzuführen. Dafür entfalle die ursprünglich für den 22. November geplante Sitzung. Mögliche Änderungsanträge zum Einzelplan 02 müssten bis dahin vorliegen. Nach der heutigen Einbringung durch die Landesregierung – er verweise auf die Vorlage 17/2473 – hätten die Fraktionen 14 Tage Zeit bis zum 11. Oktober, um Fragen an die Landesregierung zu richten. Die Landesregierung habe dann bis zum 25. Oktober, also ebenfalls 14 Tage Zeit, um die Fragen zu beantworten, sodass die Antworten frühzeitig vor der abschließenden Beratung vorlägen.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI):

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Möglichkeit, Ihnen die aus unserer Sicht wichtigen Ansätze unseres Haushaltsentwurfs 2020 vorzustellen. Ich möchte mich im Weiteren auf im Wesentlichen vier Punkte unserer Planung beschränken: Das sind die Punkte Europaarbeit, die Internationale Arbeit, die beiden Landesvertretungen in Berlin und Brüssel und der Haushalt für die Ruhrkonferenz.

Für die **Europaarbeit** haben wir für das Jahr 2020 Mittel in Höhe von 3,8 Millionen Euro, ziemlich genau das Volumen des vergangenen Jahres, eingeplant.

Auch nach Übergabe des Vorsitzes der Europaministerkonferenz an Rheinland-Pfalz wird das Thema „Rechtsstaatlichkeit“ in den Mitgliedstaaten der EU ein Schwerpunkt der nordrhein-westfälischen Europapolitik bleiben. Die Meinungs- und Pressefreiheit in der EU ist ebenfalls ein wichtiges weiteres Anliegen. Es geht uns um die Einhaltung der zentralen Prinzipien der Europäischen Union, die in Artikel 2 des EU-Vertrages verankert sind.

In der europäischen Kommunikation möchte die Landesregierung verdeutlichen, welche Chancen Europa für jeden Einzelnen bietet. Unsere Zielgruppen sind insbesondere Menschen, die bisher wenig oder gar keine Berührung mit dem Thema „Europa“ haben. Dazu setzen wir auf verschiedene Formate, die den Jugendaustausch mit anderen europäischen Regionen fördern und die Europaarbeit in den Europaschulen, in den Hochschulen, in den Kommunen und in den Betrieben stärken.

Besonders hervorheben möchte ich die Initiative „Europa erleben und lernen“, die jungen Auszubildenden Europa näherbringt. Dabei arbeiten wir mit dem Europäischen Jugendparlament und mit mittelständischen Unternehmen zusammen. Bedauerlicherweise ist bei der nichtakademischen Ausbildung die Nutzung großer Vorteile, Europa kennenzulernen, weniger eingeübt, als das in Schulen oder Universitäten der Fall ist. Es ist unser besonderes Anliegen, das jetzt besonders zu fördern. Es werden bedauerlicherweise die Mittel von nichtakademischen Auszubildenden nicht abgerufen, was ich sehr schade finde.

Unsere Arbeit für den Zusammenhalt in Europa findet auch in bilateralen Beziehungen zu den europäischen Partnern statt. Auch nach dem wahrscheinlich kommenden Brexit werden wir uns um eine besonders enge Beziehung zu Großbritannien kümmern, diese pflegen. Wir legen großen Wert auf die Intensivierung des Austausches innerhalb der Zivilgesellschaft mit Großbritannien auch nach einem Brexit.

2020 wird sich Nordrhein-Westfalen erneut an der Deutsch-Polnischen Regierungskommission beteiligen und federführend für die deutschen Länder den Interregionalen Ausschuss gestalten. Außerdem wird im kommenden Jahr die 5. Sitzung der Gemischten Regierungskoalition Nordrhein-Westfalen-Ungarn stattfinden. Nordrhein-Westfalen wird Gastgeber sein. Beide Regierungskommissionen nutzen wir, um einen offenen und partnerschaftlichen Dialog mit unseren Freunden in Mittel- und Osteuropa zu führen.

Unsere Beziehungen zu den Partnerregionen Hauts-de-France und Schlesien wollen wir im nächsten Jahr auf eine neue Grundlage stellen und die „Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit“ verlängern. Auch die trilaterale Zusammenarbeit im Regionalen Weimarer Dreieck werden wir fortsetzen. Dafür haben wir 300.000 Euro eingeplant.

Insbesondere wird Nordrhein-Westfalen 2020 Gastgeber des trilateralen Kulturprojektes im Regionalen Weimarer Dreieck sein, nachdem wir 2019 Gastgeber des Jugendgipfels waren.

Der bevorstehende Abschluss des noch erfolgreich laufenden Benelux-Jahres wird nicht bedeutsamer, dass wir in unseren Anstrengungen nachlassen – im Gegenteil. Wir werden diese Zusammenarbeit verstärken.

Für grenzüberschreitende Maßnahmen haben wir 750.000 Euro, also gut 200.000 Euro mehr zur Verfügung als im Vorjahr. Damit tragen wir damit dazu bei, dass die Dynamik des Benelux-Jahres 2020 erhalten bleibt und dass wir erfolgreiche Projekte auch nachhaltig begleiten können. Besonders erfreulich ist, dass durch das Benelux-Jahr die Beziehungen Nordrhein-Westfalens mit dem Benelux-Raum auch eine bisher mit den Themen nicht befasste Öffentlichkeit erreicht und diese Themen bekanntgeworden sind. Darauf wollen wir aufbauen und das Interesse an unserer grenzüberschreitenden Arbeit weiter erhöhen.

Aus diesen Mitteln sollen auch grenzüberschreitende Projekte aus Anlass des Gedenktages, 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, finanziert werden. Die Erinnerung daran ist uns ein besonderes Anliegen.

Gut angenommen wurden in diesem Jahr die erhöhten Ansätze zur projektorientierten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Regierungsfraktionen haben dafür im laufenden Haushalt einen Ansatz von 180.000 Euro beschlossen. Daraus konnten Projekte wie ein in der Euregio Rhein-Waal initiierter grenzüberschreitender Schülerwettbewerb finanziert werden. Vor allem aber konnten wir die Jugendbegegnungen deutlich ausweiten, die über das Deutsch-Niederländische Jugendwerk in Aachen organisiert werden.

Zudem haben wir 2019 damit die Euregio-Profilschulen unterstützt – diesen Ansatz wollen wir 2020 fortsetzen. Damit können wir einen sichtbaren Beitrag zur Unterstützung der Arbeit in den Grenzregionen, vor allem im Hinblick auf die junge Generation leisten.

Mit einer neuen Verpflichtungsermächtigung sollen die Grenz-Info-Punkte nach der in 2021 auslaufenden INTERREG-Finanzierung in eine feste Finanzierung überführt werden. In Absprache mit den niederländischen Partnern und unseren niedersächsischen Freunden ist unsere Verpflichtung zunächst auf fünf Jahre ausgelegt, um zu gegebener Zeit eine Zwischenevaluierung vorzunehmen. Die Grenz-Info-Punkte bieten entlang des gesamten Grenzgebietes mit den Niederlanden und Belgien den Bürgerinnen und Bürgern eine unverzichtbare, eine kostenlose und stark nachgefragte Einzelberatung in allen Fragen, die das grenzüberschreitende Leben, Arbeiten, Studieren und Wirtschaften betreffen.

Der zweite Punkt, **Internationales**: Auch über Europa hinaus ist der enge freundschaftliche Kontakte und die Pflege der Beziehungen zu unseren internationalen Partnern ein wichtiges und großes Anliegen Nordrhein-Westfalens. Die Landesregierung wird die bereits bestehenden intensiven Beziehungen zu Israel auch mit Blick auf unsere historische Verantwortung weiter ausbauen. Deshalb haben wir ein Büro des Landes Nordrhein-Westfalen in Israel im Aufbau, das unsere Aktivitäten bündelt und neue Aktivitäten ermöglichen und entwickeln soll. Der Aufbau und der Betrieb des Büros ist ein Schwerpunkt der internationalen Aktivitäten des Landes im Jahre 2020. Dafür haben wir zusätzliche Mittel eingeplant.

Die USA sind und bleiben gemeinsam mit Japan sowie Israel unsere wichtigsten Partner außerhalb der Europäischen Union. Mit China und Russland zählen sie zu den wichtigsten Außenhandelspartnern unseres Landes. Es ist wichtig, dass wir diese Verbindungen pflegen und weiter ausbauen auf allen Ebenen, gerade auch im Dialog auf der subnationalen Ebene. Gleichzeitig wollen wir unsere Beziehungen zu Südamerika verfestigen.

Nordrhein-Westfalen und Ghana verbindet seit 2007 eine Partnerschaft, die weiter intensiviert werden soll. Die Zusammenarbeit basiert auf drei Säulen: Die Landesregierung arbeitet dabei eng mit dem Düsseldorfer GIZ-Büro zusammen, mit der Unterstützung des Landes Projekte in Ghana umzusetzen. Zudem fördert Nordrhein-Westfalen mit seinem Auslandsprogramm Projekte der Zivilgesellschaft. Drittens soll der Verwaltungsaustausch zwischen Nordrhein-Westfalen und Verwaltungsmitarbeitern in Ghana fortgesetzt werden.

Mit Projekten zur Fluchtursachenbekämpfung engagiert sich Nordrhein-Westfalen im Nahen Osten, besonders in Jordanien. Ziel des Engagements ist es, einen Beitrag zur politischen Stabilität vor Ort zu leisten.

Die globalen Entwicklungen der vergangenen Jahre erfordern eine Neubestimmung der Rolle Nordrhein-Westfalens als entwicklungspolitischer Akteur. Diese Neubestimmung hängt entscheidend von der Rolle Deutschlands und Europas in der Welt ab. Denn Nordrhein-Westfalen ist nicht nur geografisch im Westen verankert, sondern auch politisch im Westen verankert. Die Landesregierung setzt einen deutlichen Kontrapunkt zu den Stimmen, die die westlichen Werte infrage stellen. Das klare Bekenntnis zu den zentralen Werten der Europäischen Verfassung, Artikel 2, zu Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wird daher Basis der neuen entwicklungspolitischen Schwerpunkte in der Landesregierung sein. Die Arbeit an den neuen entwicklungspolitischen Schwerpunkten Nordrhein-Westfalens soll zum Ende dieses Jahres abgeschlossen sein.

Ab dem kommenden Jahr wird es darum gehen, sie schrittweise umzusetzen – immer verbunden mit der Frage, welchen sinnvollen entwicklungspolitischen Beitrag das Land Nordrhein-Westfalen im Zusammenspiel mit den anderen Ländern der Bundesrepublik und der Europäischen Union leisten kann.

Die entwicklungspolitischen Programme der Landesregierung sollen künftig auch neue Zielgruppen erreichen. Dabei gilt es vor allem, junge Menschen zu erreichen, die für die Themen der Agenda 2030 und globale Zusammenhänge bislang noch wenig aufgeschlossen sind. Daran wollen wir arbeiten.

Von besonderer Bedeutung bleibt für uns in der entwicklungspolitischen Information- und Bildungsarbeit das „Eine-Welt-Promotorenprogramm“. Bundesentwicklungsminister Müller hat erst unlängst wieder betont, dass es erfolgreich zivilgesellschaftliche Akteure stärkt und entwicklungspolitische Themen in die Breite trägt. Die Landesregierung wird dieses Programm auf Bundes- und Landesebene weiter mit rund 1,4 Millionen Euro fördern. Wir wollen das Programm im nächsten Jahr weiterentwickeln. Für uns steht dabei die zielgerichtete Arbeit mit Bürgern aus allen gesellschaftlichen Bereichen sowie mit der Wirtschaft künftig im Mittelpunkt.

Die Förderprogramme zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit werden auf dem Niveau des Vorjahres fortgeführt. Dabei wollen wir aber die Ergebnisse der Evaluierung einbauen und berücksichtigen.

Den internationalen und UN-Standort Bonn stärken wir in den nächsten Jahren maßgeblich, insbesondere durch die Gründung der „Nordrhein-Westfälischen Akademie für Internationale Politik“. Ziel wird es sein, wissenschaftliche Exzellenz in Bonn zu fördern und so einen interdisziplinären Dialog zu den vielfältigen Themen der internationalen Politik zu ermöglichen. Nordrhein-Westfalen wird durch die Arbeit dieser Akademie international sichtbarer und setzt Impulse zur Bewältigung unserer internationalen Herausforderungen. Im Jahre 2020 wird die Aufbauphase der Akademie sein. Der Start ist für das Jahr 2021 vorgesehen. Für die Gründung der Akademie haben wir neue Mittel in Höhe von 1,2 Millionen Euro ausgegeben.

Der dritte Punkt sind die **Landesvertretungen**: Die Landesvertretungen in Berlin und Brüssel bringen die Interessen Nordrhein-Westfalens in den politischen Diskurs in Brüssel und in den politischen Diskurs in Berlin ein.

Durch unsere Arbeit im Bundesrat wirkt das Land Nordrhein-Westfalen aktiv an der Gestaltung der Bundesgesetzgebung mit. Die wichtige verfassungsrechtliche Rolle nimmt insbesondere die Landesvertretung Berlin dabei wahr. Durch Bundesratsinitiativen, neue Veranstaltungsreihen und Hintergrundgespräche gestalten wir dort aktiv den politischen Diskurs. Dabei werden wir auch in 2020 durch unsere neuen Formate in Berlin das Land Nordrhein-Westfalen als inhaltlich und strategisch treibende Kraft etablieren. Dazu gehören Diskussionsreihen wie „die Zukunft des Westens“ oder „Europa prospektiv“ und fachpolitische Gesprächsformate.

Darüber hinaus hat „die Botschaft des Westens“, wie wir die Landesvertretung gerne nennen, ein breites Programm an Kulturveranstaltungen, für die vor allem Künstlerinnen und Künstler aus Nordrhein-Westfalen engagiert werden.

Neben der Bundespolitik sind in Berlin auch die Bereiche Europa und Internationales vertreten. Das gilt sowohl die europapolitische Arbeit im Bundesrat als auch für den Austausch mit europapolitischen Akteuren. Zusätzliche Herausforderungen ergeben sich im Jahre 2020 unter anderem aus der deutschen Ratspräsidentschaft sowie aus den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen.

Für die Leitung der Europapolitik und die Verstärkung im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft hat die Landesvertretung ein eigenes Referat eingerichtet. Nicht zuletzt aufgrund des Dienstsitzes des Staatssekretärs, Herrn Dr. Speich, in Berlin hat sich der Austausch mit Entscheidungsträgern anderer Staaten erheblich intensiviert. Die internationale Kontaktpflege zählt nunmehr mehr denn je zu den Aufgaben der Landesvertretung.

Seit vergangenem Jahr ist in der Landesvertretung Berlin auch das Büro II des deutsch-französischen Kulturbeauftragten, Armin Laschet, angesiedelt. Hierdurch hat sich die Dichte hochrangiger Veranstaltungen und der Austausch mit Entscheidungsträgern im deutsch-französischen Kontext erheblich intensiviert. Aber auch deutsch-französische Jugendbegegnungen haben ihren Platz in der Botschaft des Westens gefunden.

Insbesondere im Hinblick auf die neue Europäische Kommission wird die Landesvertretung in Brüssel die Stärken des Landes als auch dessen Ideen aktiv in die Arbeit der neuen Kommission einbringen. Dazu hat das Landeskabinett europapolitische Schwerpunkte beschlossen, die es im besonderen Maße durch die Landesvertretung zu verwirklichen gilt.

Die geringe Steigerung im Budget der Landesvertretung Brüssel ergibt sich insbesondere aus Anpassungen im Personalhaushalt und Mehrbedarf bei Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb.

Mit Beginn des Jahres 2020 wird Staatssekretär Dr. Speich den Vorsitz der deutschen Delegation beim Europäischen Ausschuss der Regionen übernehmen. Damit

hat Nordrhein-Westfalen eine wichtige Schlüsselposition im Ausschuss der Regionen. Damit verbundene Koordinierungs- und Sekretariatsaufgaben werden von der Landvertretung aus wahrgenommen. Im Jahr 2020 werden insbesondere wegen des Beethoven-Jahres sowie im Zusammenhang mit der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 viele zusätzliche Veranstaltungen stattfinden.

Erlauben Sie mir einen letzten Punkt, die **Ruhrkonferenz:** Die Ruhrkonferenz ist eines der wichtigsten Vorhaben der Landesregierung. In der ersten Phase der Ruhr-Konferenz haben 20 Themenforen in 50 Veranstaltungen mit 4.000 Beteiligten Projekte diskutiert und priorisiert. Sie haben 75 Projektvorschläge vorgelegt, die dem Ruhrgebiet in allen Lebensbereichen einen Impuls geben können.

Im Rahmen der aktuellen Phase „Entscheiden“ werden die Stellungnahmen, das Feedback der Kommunen und die Gespräche mit den Kammern berücksichtigt. In der Diskussion im Plenum des Landtags ist mir deutlich geworden, dass wir unsere Absicht, die Short-List nicht zu beenden, sondern zu ergänzen mit den Anregungen der Kammern, der Kommunen, aber auch der anderen Einreicher, verstärken müssen, um den Wunsch nach Konsens noch einmal zu verdeutlichen.

Daraus wird nun ein abgestimmtes Paket von Leit- und Einzelprojekten erarbeitet, über das die Landesregierung nach den Herbstferien beschließen möchte. Ziel ist es, 2020 mit der Umsetzung der ersten Projekte die dritte Phase der Ruhrkonferenz – Handeln – zu beginnen. Darüber hinaus werden wir dann die Projekte der Kommunen, der Kammern, des RVR und der Business-Metropole Ruhr auf ihre Anschlussfähigkeit zu den Schwerpunktthemen überprüfen.

Wir werden gemeinsam mit allen Akteuren verabreden, wie wir diese Ansätze in das Gesamtprogramm integrieren können. Dazu sind wir bereits jetzt in engem Austausch.

Die Umsetzung und Finanzierung der Projekte der Themenforen wird in der Verantwortung des jeweils federführenden Fachressorts erfolgen. Der Arbeitsstab Ruhrkonferenz wird in dieser Phase die Projektplanung begleiten, die Umsetzung der Projekte und die Information aller Beteiligten sowie der Öffentlichkeit koordinieren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Dietmar Brockes bedankt sich für den Bericht. Der Ausschuss habe sich darauf verständigt, die Fragen schriftlich einzureichen. Er bitte die Fraktionen, bis zum 11. Oktober die Fragen schriftlich einzureichen. Die Landesregierung werde die Fragen dann bis zum 27. Oktober beantworten. Die Aussprache und abschließende Beratung werden am 12. November stattfinden.